

Drucker: Ernst Köhler, mit den Würt. Staatsbelagen „Die Post“ und „Die untere Steuere“...

Verlag: Dresden, Eigenpreis: Die gebundene Ausgabe 30 J., Familienausgabe 20 J....

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Königsplatz 11, Fernruf 3011

Lohn und Wirtschaft

Man kann die Höhe des Lohnes unter zweierlei Gesichtspunkten betrachten, unter dem sozial-ethischen und unter dem rein wirtschaftlichen. Sozial-ethisch wird die Forderung lauten müssen: Die Höhe des Lohnes muß dem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz und Befriedigung der wichtigsten Kulturbedürfnisse gestatten...

Es ist nun leider eine Tatsache, daß trotz der vielen Lohnerhöhungen, die wir nun seit Jahren schon beobachten können, das Reallohn in dem Maße, wie der Lohn sich nach dem Arbeiter gestiegen ist, der reelle Lohn sich nicht so sehr erhöht hat...

Das Wesentliche ist, um es noch einmal zu sagen, daß die Lohnerhöhung eine Erhöhung des Reallohnes ist, also eine tatsächliche Erhöhung der Kaufkraft für den einzelnen bedeutet. Wir sagten eben, daß jede andere Lohnerhöhung Täuschung ist, wenn man nach weitergehen und sagen, daß jede andere Lohnerhöhung frevelhaft sein kann, gerade wegen der Wirkung auf die Kreise, denen man mit der Erhöhung etwas geben will...

Reparationsfrage und Stresemann-Rede

Erst in acht Tagen eine entscheidende Antwort an Deutschland zu erwarten

Schleppende Verhandlungen

Paris, 22. November.

Savas berichtet aus London, daß die Gerüchte, die von einer Meinungsverschiedenheit zwischen den alliierten Regierungen über die Einberufung der Reparationskonferenz, wissen wollen, falsch seien. Wichtig sei dagegen, daß die interessierten Regierungen von Anfang an in völlig normaler Weise ihre Verhandlungen geführt hätten...

Zuletzt erwartete man eine Antwort der deutschen Regierung auf das letzte englische Memorandum. Erst dann werde die Mitteilung der alliierten Regierungen erfolgen, daß sie die Einladung der Reichsregierung annehmen, eine Antwort, die in etwa acht Tagen erfolgen dürfte...

Paris, 20. November.

In Pariser politischen Kreisen ist es allgemein ausgefallen, daß sich der französische Ministerrat, der am heutigen Dienstag vormittag stattfand, so wenig mit der außenpolitischen Lage beschäftigt hat. Wie hierzu verlautet, ist man der Ansicht, daß vor allem die Rede Stresemanns, die nach französischer Auffassung in mehreren Punkten der französischen These und dem Versailles-Vertrag entgegengegesetzt sei, eine besonders eingehende Aussprache erfordere...

dieser wichtigen Fragen werde deshalb bis zum Kabinettsrat am kommenden Donnerstag und zum Ministerrat am kommenden Sonnabend zurückgestellt werden.

Wie „Echo de Paris“ erzählt, werden außer dem Gouverneur der Bank von Frankreich, M a r c e a u, als französischer Vertreter im Finanzsachverständigenausschuß zur Prüfung der Reparationsfrage L u e s n a y von der Bank von Frankreich und Professor H i l l i g von der Sorbonne, der sich bereits in einer Mission in Berlin aufgehalten habe, genannt, da Sergent und Darmentier die Übernahme dieser Posten abgelehnt hätten.

Moskau trifft Deutschland zur Seite

Kowno, 20. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Rede Dr. Stresemanns im Reichstag in russischen offiziellen Kreisen mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Man betont, daß der Minister in seiner Rede die deutsch-russischen Beziehungen mit feinem Wort erwähnt hat. Die Kritik über das englisch-französische Abkommen sei nicht genügend scharf gewesen, wie es angesichts der großen Bedeutung dieser Angelegenheit zu erwarten gewesen wäre. Die Anklagen gegen Frankreich und England bewiesen, daß die deutsche Außenpolitik das englisch-französische Flottenabkommen gegen Amerika und Rußland nicht billige. Die drei Fragen: Räumung, Reparation und Rüstung würden in der Form, wie sie vom Reichsaussenminister herorgehoben wurden, von russischer Seite volle Unterstützung finden, soweit sie dem Frieden dienen.

London, 20. November.

Wie Reuters erzählt, hat die gestrige Rede des Reichsministers Dr. Stresemann in amtlichen Kreisen Großbritanniens wenig Überraschung verursacht. Man ist der Ansicht, daß die Rede lediglich eine wiederholende Darstellung der deutschen Ansichten über die Frage der Reparationen und der Rheinlandsbesetzung ist. Die Rede wird als eine im ganzen durchaus sachgemäße Darlegung des Falles angesehen, wie er sich vom deutschen Standpunkt aus ergibt. Es wird anerkannt, daß die allgemeine Tonart der Rede in vieler Beziehung freundlich ist.

lifizierung bedeutet selbstverständlich ebenfalls Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

Ist nun aber die Forderung nach Erhöhung der Produktivität der Arbeit bei einer Lohnerhöhung auch wirklich die Voraussetzung für diese Lohnerhöhung, immer verstanden als Realloohnerhöhung, also Erhöhung der Kaufkraft? Ein einfaches Beispiel mag zeigen, daß eine Lohnerhöhung, falls die Voraussetzungen der vermehrten Produktivität der Arbeit nicht vorliegen, immer eine Steigerung der Preise im Gefolge haben muß. Das Beispiel: ein Handwerker, etwa ein Schuhmacher, beschäftigt zwei Gesellen, die zufälligerweise auch noch Söhne des Meisters sein sollen. Beide Gesellen haben bisher je einen Wochenlohn von 80 Mark bekommen. Die beiden werden nun bei ihrem Meister und Vater vorstellt, er möge doch ihren Wochenlohn auf 80 Mark erhöhen. Was wird der Meister erwidern? Er wird sagen: „Dann bin ich genötigt, meine Schuhpreise zu erhöhen, denn nur auf diese Weise ist es mir möglich, euch den höheren Lohn zu geben.“ Selbstverständlich könnte er auch sagen: „Wenn ihr in der gleichen Arbeitszeit um ein Drittel mehr arbeitet, kann ich es auch machen ohne Preiserhöhung.“ Ob aber diese Möglichkeit der Mehrarbeit gegeben ist, ist eine andere Frage. Sie wird zu verneinen sein, wenn der Betrieb schon bisher mit allen nötigen Maschinen — oder so rationell als möglich — gearbeitet hat. Bleibt also nur: Preiserhöhung. Was für den kleinen Meister gilt, gilt für die gesamte Volkswirtschaft. Auch hier muß bei Lohnerhöhungen eine Preissteigerung eintreten, falls nicht die Voraussetzung der erhöhten Produktivität der Arbeit gegeben ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Hochkonjunktur des Jahres 1927 vorbei ist. Industrie und Handel haben schwer zu kämpfen. Bei den hohen Preisen, die Deutschland durchweg hat, wird der Kampf um den Auslandsabsatz immer schwerer. In vielen Exporterzeugnissen ist das Ausland heute viel billiger als Deutschland es sein kann. Eine Unterbindung des Exports aber hat Arbeitslosigkeit zur Folge, ganz abgesehen

davon, daß wir ohne Export die ungeheuren Anforderungen, die von unseren früheren Feinden an uns gestellt werden, niemals erfüllen können. Wir erleben heute in der westdeutschen Eisenindustrie einen schweren Lohnkampf. Ohne genaue Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenindustrie ist es natürlich schwer, ein absolutes Urteil zu fällen; aber unbestritten ist auf jeden Fall, daß auch die Eisenindustrie einen schweren Kampf um ihr Bestehen kämpft; unbestritten ist ferner, daß wir im Felde niedergebender Konjunktur sind. Gerade die letztere Tatsache läßt aber eine Eisenpreiserhöhung außerordentlich gewagt erscheinen, für den Inlandsabsatz sowohl wie für den Auslandsabsatz. Der Hanja-Bund hat neulich eine Zusammenstellung veröffentlicht, wonach eine Anzahl von Auslandsaufträgen und die verschiedenen Angebote darauf nebeneinandergestellt wurden. Es zeigte sich dabei, daß Italien, Holland, Norwegen, Rußland, Schweden, Amerika, Belgien, Griechenland, Luxemburg, Frankreich durchweg billigere Angebote machen konnten, als die Selbstkosten der deutschen Konkurrenz waren. Es soll hier nicht untersucht werden, worauf diese Möglichkeit zurückzuführen ist, aber eines muß gesagt werden: wenn die Eisenpreise erhöht werden, so werden wir im Auslande noch weniger konkurrenzfähig sein, als wir es heute schon sind. Wir wollen und können nicht in dem schweren Kampf, der im Westen gekämpft wird, Stellung nehmen für den einen oder anderen. Worauf es uns hier ankommt, ist lediglich die Beantwortung der Frage: Soll und kann die nur nominelle Erhöhung des Lohneinkommens so weitergehen, hat der Arbeiter ein Interesse an einer derartigen Entwicklung? Beide Fragen sind mit einem glatten Nein zu beantworten. Wenn die Erhöhung des Lohnes nicht eine solche des Reallohnes sein kann, sollte man von Lohnforderungen absehen. Momente taktischer, etwa gewerkschaftstaktischer Natur, dürfen hier nicht ausschlaggebend sein. Wir glauben auch, daß die christlichen Gewerkschaften